

ANTRAG

der Abgeordneten Cerwenka, Dworak, Findeis, Gartner, Ing. Gratzner, Jahrmann, Kadenbach, Kernstock, Mag. Leichtfried, Onodi, Razborcan, Mag. Renner, Rosenmaier, Sacher und Schabl

betreffend rasche Umsetzung eines Maßnahmenpakets gegen Teuerung und Inflation

Steigende Lebensmittelpreise und ein neuerlicher Teuerungsschub bei Energie haben die Inflationsrate im Juni 2008 auf ein Rekordhoch von 3,9 Prozent getrieben. Nach dieser höchsten Preissteigerungsrate seit 15 Jahren war die Inflation mit 3,8 Prozent im Juli neuerlich sehr hoch. Spitzenreiter bei den Preissteigerungen waren auch im Juli Diesel mit einem Plus von 36 Prozent, aber auch Lebensmittel wie beispielsweise Teigwaren mit einem Plus von 44 Prozent, Käse bis zu 19 Prozent sowie Eier mit einem Plus von 13 Prozent.

Der Kampf gegen die Teuerung ist im Augenblick daher eine der wichtigsten Aufgaben der Politik. Trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung, hoher Beschäftigungsquote und gestiegenen Löhnen bleibt den Menschen immer weniger in der Geldbörse. Die hohe Inflation belastet die Arbeitnehmer und die Pensionisten und frisst die Erhöhungen bei Löhnen und Pensionen wieder auf. Die Bruttolohnerhöhung von rund 3,3% wurde von den höheren Preisen aufgeessen. In Summe gab es im ersten Quartal einen Rückgang der realen Nettolöhne in Österreich von 0,5 Prozent.

Das betrifft inzwischen nicht mehr nur die untersten Einkommensschichten, sondern auch bereits die Bezieher mittlerer Einkommen.

Auffallend dabei ist, dass in Österreich die Lebensmittelpreise stärker ansteigen als in den anderen Ländern der Euro-Zone. So stiegen vom Jahr 2006 zum Jahr 2007 die Preise in Österreich um 4,5 Prozent, in der Eurozone um 2,7 Prozent. Eine Untersuchung der Nationalbank dazu hat gezeigt, dass gerade in den Bereichen, in denen zuletzt die größten Preissteigerungen aufgetreten sind, Indizien dafür sprechen, dass der Wettbewerb schwach ist. Dies betrifft die Sektoren Milchverarbeitung und Herstellung von Teigwaren sowie auch den Mineralölhandel.

Eindeutiger Hauptpreistreiber ist jedoch nach wie vor die Ausgabengruppe "Verkehr". Ausschlaggebend waren hier die stark gestiegenen Treibstoffpreise (Diesel +44 Prozent, Superbenzin +20 Prozent). Der Preisindex für den privaten Kfz-Verkehr ist mit 9,6 Prozent mehr als doppelt so hoch wie die durchschnittliche Inflationsrate. Etwa ein Fünftel der Teuerung ging aber auch auf die Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln zurück, die nach wie vor auf hohem Niveau verharrten.

Auch kein Ende zeichnet sich bei der zunehmenden Teuerung in Europa ab. Im Juli stieg die Inflationsrate nach einer Schätzung des EU-Statistikamts Eurostat auf 4,1 Prozent. Dies wäre neuerlich ein Rekord seit Beginn der Aufzeichnungen zum harmonisierten Verbraucherpreisindex 1997.

Die wirtschaftliche Stimmung der Österreicher ist auf ein Rekordtief gesunken. Fast drei Viertel der Bevölkerung sind der Überzeugung, dass es ihnen finanziell schlechter als vor einem Jahr geht. Der Blick in die Zukunft fällt ebenso pessimistisch aus. Das geht aus einer Umfrage des Linzer Meinungsforschungsinstituts IMAS hervor.

Dabei gaben 74 Prozent an, verglichen mit dem Vorjahr materielle Einbußen erlitten zu haben, nur fünf Prozent sprachen von einem höheren Lebensstandard. Am düstersten wird die Entwicklung der eigenen Situation von älteren Menschen und Personen mit einfachster Bildung geschildert. Mehr als zwei Drittel (67 Prozent) glauben, dass sich der Lebensstandard im kommenden Jahr weiter verschlechtern wird. Abermals ist das der schlechteste Wert seit Beginn der IMAS-Trendbeobachtung 1973.

Es bedarf daher eines raschen Maßnahmenpakets zur Bekämpfung der Teuerung und der Inflation mit den notwendigen Schritten auf Landes- und Bundesebene.

Preismonitoring bei Lebensmittel und regelmäßige Veröffentlichung der Preisvergleiche im Internet

Lebensmittel, wie Weizen oder Reis, und damit natürlich auch die daraus hergestellten Endprodukte sind in den Kreislauf der Spekulanten geraten. Seit Monaten fließen erhebliche Summen in die Märkte für Reis, Weizen, Mais u.a. agrarische Erzeugnisse. Während sich die einen am Rohstoffmarkt eine goldene Nase verdienen, leiden die anderen unter den Auswirkungen der Preistreiberei. Ein regelmäßiges Preismonitoring inkl. Veröffentlichung der günstigsten Produkte eines allgemeinen Warenkorbs sollen helfen, den Menschen zumindest Vergleiche zu ermöglichen. Dies soll in Zusammenarbeit mit der Arbeiterkammer erfolgen.

Strom-Gas-Bonus für NiederösterreicherInnen mit niedrigem Einkommen

Die NÖ Sozialdemokraten fordern die Einführung eines Strom-Gas-Bonus aus den Dividenden der EVN für Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher mit niedrigem Einkommen - orientiert am Familieneinkommen und den im Haushalt lebenden Familienmitgliedern beginnend von 100 Euro bis zu 250 Euro bis zu einem Familieneinkommen von 2.000 Euro netto (Familie mit 2 Kindern).

Individualisierung und Erhöhung der NÖ Pendlerhilfe

Nicht das Familieneinkommen, sondern das Einkommen des/der Betroffenen muss für die Berechnung der PendlerInnenhilfe herangezogen werden. Nur so können PendlerInnen gezielt entlastet werden, Tausende NiederösterreicherInnen mehr würden in den Genuss der NÖ Pendlerhilfe kommen. Ebenso muss die NÖ Pendlerhilfe erhöht werden.

Lehrlings- und Schülerfreifahrt am Wochenende und in den Ferien

Besonders auch für SchülerInnen ab 15, junge Menschen mit geringem Einkommen bzw. in der Ausbildung befindliche Jugendliche stellen die Preissteigerungen bei Treibstoffen eine große Belastung dar. Als Beitrag zur Entlastung der Jugend soll eine generelle Freifahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln in Niederösterreich mit der NÖ-Jugendcard angeboten werden. Dies ist auch als Beitrag zur Hebung der Verkehrssicherheit, aber auch zum Klimaschutz zu sehen.

Verbesserung der Schulstarthilfe

Besonders Familien mit Kindern müssen zu Schulbeginn tief in die Tasche greifen. Die NÖ Sozialdemokraten fordern daher eine generelle Schulstarthilfe für alle niederösterreichischen Familien mit SchulanfängerInnen in der Höhe von 100 Euro pro Kind bis zu einem Familieneinkommen von 2.000 Euro netto.

Maßnahmen seitens des Bundes

Steuerreform mit 1.1.2009

Die durch die Preissteigerungen bedingten steuerlichen Mehreinnahmen sollen an die KonsumentInnen zurückgegeben werden. Klein- und MittelverdienerInnen - und PensionistInnen - müssen deshalb rasch entlastet werden.

Preisregulator für alle Güter und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs

Die SPÖ NÖ will einen Preis-Regulator für alle Güter und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs unter Einbindung der Sozialpartner.

Senkung der Mehrwertsteuer auf Nahrungsmittel

Eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel um 5 Prozentpunkte wäre eine Soforthilfe – wenn sie streng kontrolliert wird und tatsächlich zum Konsumenten kommt. Eine durchschnittliche Familie mit zwei Kindern kann sich mit dieser Maßnahme rund 360 Euro im Jahr beim Lebensmittelkauf ersparen.

Rückerstattung der Umsatzsteuer-Mehreinnahmen aus dem Verkauf von Treibstoffen und Heizöl

Superbenzin wurde im Vergleich zum Vorjahr um 18% teurer, bei Diesel beträgt die Teuerung gar 36 % - eine Entwicklung, die vor allem die PendlerInnen stark belastet. Daher muss die Forderung sein, die rund eine halbe Milliarde an Umsatzsteuer-Mehreinnahmen an die AutofahrerInnen zurückzuerstatten, denn mit diesen Einnahmen konnte nicht budgetiert werden, d.h. sie sind nicht zu erwarten gewesen und es bleiben immer noch die Einnahmen aus der Mineralölsteuer.

Investitionen in das öffentliche Verkehrsnetz

Investitionen in das öffentliche Verkehrsnetz sind zu verstärken, um vielen ArbeitnehmerInnen ein Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel zu ermöglichen.

Anhebung der Familienbeihilfe

Eine sofortige gesetzliche Verankerung der 13. Familienbeihilfe jedoch ohne Altersbeschränkung des BezieherInnenkreises (Kinder). Mit der Einführung dieser Maßnahme werden die Familien von 1,4 Millionen Kindern zwischen 105 und 220 Euro jährlich entlastet. Allerdings müssten in diese Regelung auch Kinder unter sechs Jahren einbezogen werden, damit auch diese 430.000 Kinder davon profitieren.

Anhebung des Arbeitslosengeldes

Im Vergleich zu 2000 ist das Arbeitslosengeld heute real um vier Prozent weniger wert, die Notstandshilfe sogar um acht Prozent weniger. Letztere betrage durchschnittlich 595 Euro. In Österreich macht das Arbeitslosengeld 55 Prozent des Letztgehalts aus. Im EU-Durchschnitt sind es dagegen fast 70 Prozent. Daher leiden besonders BezieherInnen von Arbeitslosengeld unter der massiven Teuerung und ist eine maßgebliche Anhebung der sogenannten Ersatzrate des Arbeitslosengeldes im Zuge der Steuerreform mit Wirksamkeit 1.1.2009 notwendig

Die Gefertigten stellen daher den

A n t r a g :

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert

- einerseits die in die Landeskompetenz fallenden Maßnahmen des Entlastungspakets gegen Teuerung und Inflation raschest umzusetzen sowie
- bei der Bundesregierung darauf zu drängen, dass die notwendigen gesetzlichen und organisatorischen Maßnahmen gegen Teuerung und Inflation gesetzt werden.

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Wirtschafts- und Finanzausschuss so rechtzeitig zur Beratung zuzuweisen, dass eine Behandlung am 25. September 2008 möglich ist.